

An das
 Bundesministerium für
 Gesundheit, Familie und Jugend
 Franz-Josefs-Kai 51
 1010 Wien

Wirtschaftskammer Österreich
 Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
 T +43 (0)5 90 900-DW | F +43 (0)5 90 900-3588
 W <http://wko.at/sp>

per E-Mail

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, Sacharbeiter
 Sp 615/05/Mag. BL/SM
 Mag. Leitner

Durchwahl
 4284

Datum
 18.9.2008

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967
 geändert wird; Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich nimmt zum Gesetzesentwurf betreffend das Familienlastenausgleichsgesetz, der eine doppelte Auszahlung der Familienbeihilfe im Monat September für Kinder in Ausbildung vorsieht, wie folgt Stellungnahme:

Dieser finanzielle Bonus ist für Familien mit schulpflichtigen Kindern bzw. Kindern, die eine Ausbildung absolvieren, gewiss eine große Erleichterung. Die Förderung und Unterstützung von Familien mit Kindern ist auch der Wirtschaftskammer Österreich ein wichtiges Anliegen. Jedoch wollen wir zu bedenken geben, dass der finanzielle Aufwand für diese Maßnahme mehr als beachtlich ist. Jährlich müssen dafür 198 Millionen Euro aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) fließen. Die derzeitige Finanzlage des Fonds ist äußerst problematisch. Für das Jahr 2008 ist mit einem Abgang von ca. 370 Millionen Euro zu rechnen, was einen Gesamtschuldenstand des Fonds von über 2,3 Milliarden Euro ergibt.

Der FLAF wird zu über 75 % aus Dienstgeberbeiträgen finanziert. In Anbetracht der jährlich steigenden Aufwendungen wird es aus Gründen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit notwendig sein, eine Gesamtbetrachtung der Leistungen des FLAF vorzunehmen, wobei der ursprüngliche Zweck der Errichtung dieses Fonds im Auge behalten werden muss. Vorkehrungen zur Sicherung der bestehenden Leistungen des FLAF - ohne Beitragserhöhungen und somit ohne weitere Belastungen der Wirtschaft - sind notwendig. Mit der Aufhebung der Selbstträgerschaft wurde bereits ein wichtiger und richtiger Schritt gesetzt, um den Fonds neu zu strukturieren und zumindest eine administrative Erleichterung zu erzielen.

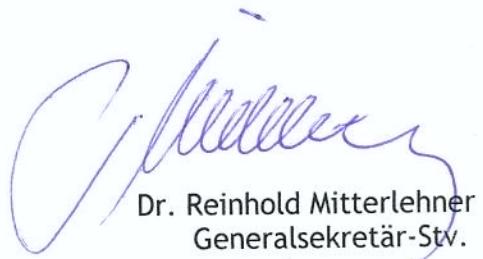
Im Sinne ihrer Mitglieder tritt die Wirtschaftskammer Österreich dafür ein, neben dem überwiegenden Anteil der Dienstgeberbeiträge auch andere Finanzierungsquellen für den Fonds zu prüfen. Weiters möchten wir darauf hinweisen, dass Österreich in puncto monetäre Familienförderungen europaweit im Spitzensfeld liegt.

Gerade auch für Familien mit schulpflichtigen Kindern gibt es bereits jetzt schon Unterstützungen zu Schulbeginn, wie beispielsweise die Schulbuchförderung oder die Schüler- bzw. Lehrlingsfreifahrt. Auch für Studierende gibt es im Rahmen der Studienbeihilfe finanzielle Unterstützung.



Freundliche Grüße

Dr. Christoph Leitl
Präsident



Dr. Reinhold Mitterlehner
Generalsekretär-Stv.